

M E I N U N G

Agenda 2010 – Deutschland im Aufbruch



Angesichts der Stagnations- und Strukturfrage, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet, überrascht es nicht, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr auf durchschnittlich 4,5 Millionen Menschen anwachsen wird und 2004 mit einem weiteren Zuwachs gerechnet werden muss. Von Seiten der Makroökonomie kommen derzeit keine Impulse, die eine Besserung erwarten lassen.

Da macht Mut, dass Bundeskanzler Schröder mit der Formulierung seiner „Agenda 2010“ offengelegt hat, wie er die Strukturkrise der deutschen Wirtschaft bewältigen will. Erste Initiativen des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit und die Empfehlungen einer Regierungskommission zur Reform der sozialen Sicherungssysteme („Rürup-Kommission“) machen deutlich, wohin die Reise geht. Grundsätzlich ist die Regierung damit auf dem richtigen Weg. Zu einem deutlichen Aufbruch gehört aber die rasche und konsequente Umsetzung der angekündigten Maßnahmen, zumal sie vielfach nur einen Einstieg in weitere Reformschritte darstellen können. Es wäre fatal, wenn die Widerstände im eigenen sozialdemokratischen Lager des Kanzlers und bei den Gewerkschaf-

ten, aber im Detail auch im Unternehmerlager, zu inhaltlichen und zeitlichen Abstrichen an dem Maßnahmenpaket führen würden.

Der so gern plakativ bekundete Reformeifer der Unternehmensverbände und ihre Kritik an der Reformunfähigkeit der Gewerkschaften werden durch die pauschale Ablehnung der geplanten Reform der Handwerksordnung nicht glaubwürdiger. Die vorgesehene Flexibilisierung des Meisterprivilegs, aufgrund dessen in 94 Berufen nur Inhaber eines Meisterbriefes einen Handwerksbetrieb führen dürfen, würde künftig in 62 Berufen auch Gesellen sofort die Unternehmensgründung ermöglichen. Damit ist auch eine Anpassung an das Recht der Europäischen Union verbunden. In den anderen 32 Berufen, von denen Gefahren für Gesundheit und Leben Dritter ausgehen können, soll Gesellen nach längerer Berufstätigkeit ermöglicht werden, sich selbständig zu machen. Diese und andere Neuregelungen der Handwerksordnung werden mehr Wettbewerb schaffen und bieten die Voraussetzung für einen Ausbau der Beschäftigung. Ungeachtet der strikten Ablehnung durch die Handwerksverbände muss diese Reform deshalb zügig umgesetzt werden. Sie ist nicht zuletzt auch ein Vorbild dafür, wie Verbesserungen des Wettbewerbs die Dienstleistungsmärkte in Bewegung bringen können. Die Reformagenda des Kanzlers hat im Bereich des Gesundheitswesens weitere sinnvolle Zielbereiche für Deregulierungen genannt, die es ebenso konsequent anzupacken gilt.

Mutig und richtig sind auch die vorgesehenen Regelungen der Agenda 2010, das Arbeitslosengeld künftig auf in der Regel 12 Monate zu begrenzen, die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe auf dem einheitlichen Niveau der Sozialhilfe zusammenzuführen und dem Arbeitsamt auch die Vermittlung der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zu übertragen. Dies schafft Effizienzgewinne in der Verwaltung, entlastet die Gemeinden und erhöht den Druck auf die Arbeitslosen, Arbeit anzunehmen. Naturgemäß sind diese Vorschläge politisch nicht leicht umzusetzen. Ihre Realisierung würde aber den Sozialstaat im Arbeitsmarktbereich auf fairem Niveau sichern.

Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist aufgrund ihrer Koppelung an die immer kleiner werdende Zahl der Erwerbstätigen eine weitere gravierende Reformbaustelle der Agenda 2010. Auch hier hat der Bundeskanzler erste Akzente gesetzt – die inzwischen vorliegenden Vorschläge der Rürup-Kommission weisen nun den Weg zu erheblichen Strukturreformen. Insbesondere die Kosten des Gesundheitssystems bereiten immer mehr Sorge. Die Kommission hat als alternative Lösungskonzeptionen die Ausweitung der Krankenversicherung zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung oder die Schaffung eines Systems einkommensunabhängiger Gesundheitsprämien in Verbindung mit einem steuerfinanzierten sozialen Ausgleich propagiert. Die Prämienlösung sichert am ehesten die nötige Allokationseffizienz. Gesellschaftspolitische Leistungen sollten steuerfinanziert und das Kostenbewusstsein der Nachfrager nach Gesundheitsdienstleistungen durch vermehrte Eigenbeteiligung gestärkt werden.

Dagegen stehen weitere deutliche Veränderungen bei der Rentenversicherung noch aus. Wie die Rürup-Kommission zu Recht feststellt, ist eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre, eine Abkehr von der Politik der Frühverrentung sowie eine Korrektur der Rentenformel nötig, bei der das sich verschlechternde Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern Berücksichtigung findet. Das allein wird freilich nur den Anstieg der Beitragssätze begrenzen, aber nicht sicher stellen, dass die Belastungen nachhaltig gesenkt werden.

Zwar gehen viele der Reformpläne noch nicht weit genug. Dennoch könnte das Gesamtpaket der jetzt diskutierten Maßnahmen einen beachtlichen Schub in die richtige Richtung auslösen. Ihre Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung werden dabei um so größer sein, je mehr darauf verzichtet wird, die derzeitige Konjunkturkrise durch weitere fiskalische Einsparmaßnahmen zu verschärfen.

K. F. Zimmermann



Forschungsinstitut
zur Zukunft
der Arbeit

IMPRESSUM

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hintze
IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn
Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 180
e-mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Layout/Druck: Verlag Erik Dynowski, Köln